

Landesgesundheitskonferenz im Gespräch

„Helfern helfen“

LGK-Gesundheitsforum diskutiert Unterstützung pflegender Angehöriger

Die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland ist in den vergangenen Jahren gestiegen und wird voraussichtlich auch in Zukunft weiter steigen. Mehr als die Hälfte der Pflegebedürftigen werden zuhause versorgt. Ohne das Engagement pflegender Angehöriger würden schon

heute drei Millionen mehr Vollzeit-Pflegekräfte benötigt. Auf der anderen Seite sind die Belastungen durch die häusliche Pflege nicht zu übersehen. Neben gesundheitlichen Einschränkungen bringen die Anstrengungen der Pflege häufig auch einen Rückzug aus dem be-

stehenden sozialen Umfeld und die Vereinsamung der Pflegenden mit sich.

Um die Situation pflegender Angehöriger in Berlin zu beleuchten und nach Wegen für niedrigschwellige Unterstützung zu suchen, hatte die Landesgesundheitskonferenz am 24. August 2011 zum Gesundheitsforum „Helfern helfen – Wie können pflegende Angehörige entlastet werden?“ in die Ärztekammer Berlin eingeladen. Der Einladung folgten mehr als 130 Interessierte – neben Pflegediensten, Pflegestützpunkten und der Politik waren im Publikum erfreulich viele engagierte Angehörige vertreten.

Lebensaufgabe Angehöriger – Emotionale und soziale Dimensionen der Pflege

Gabriele Tammen-Parr, Leiterin der Beratungsstelle „Pflege in Not“, wies in ihrem eröffneten Beitrag darauf hin, dass die Pflege Angehöriger nicht nur eine kurz- oder mittelfristige Angelegenheit, sondern in der Regel eine emotionale und körperliche Langzeitaufgabe ist, die sich über Jahre und Jahrzehnte erstrecken kann. In ihren Beratungen berichten viele Angehörige, dass sie die Pflege nicht übernommen hätten, wenn sie gewusst hätten, welche Aufgaben damit auf sie zukommen. Pflege meint laut Tammen-Parr nicht allein die in Zeit und Aufwand messbare Dimension, sondern bringt auch mit sich, dass sich die Rollen innerhalb des Familiensystems stark verändern. Der oder die Pflegenden muss Verantwortung übernehmen und Stück für Stück über das Pflegesetting bestimmen. Verbunden ist die Pflegeübernahme dabei nicht selten mit einem Gefühlscocktail aus Zweifeln, Schuldgefühlen, Aggressionen und Hass. Alte Familien- oder Ehekonflikte, die niemals gelöst wurden, können durch die Pflegebelastung wieder aktuell werden und so Zündstoff für Aggressionen und Konflikte liefern. Häufig, so Tammen-Parr, wird die Pflege sogar zu einer Art Lebensaufgabe, die nicht mehr abgegeben werden kann. „Pflege in Not“ bietet daher Familiengespräche und -konferenzen an, um zu klären, wer in welchem Umfang pflegt und auch, um Akzeptanz für diejenigen Familienmitglieder zu schaffen, die die Pflege nicht übernehmen wollen.

Wie Tammen-Parr resümierte, benötigen pflegende Angehörige dringend – und möglichst zu Beginn der Pflegezeit – umfassende Informationen über pflegerische, finanzielle und psychosoziale Unterstützung. Bisher kämen Pflegegeldempfänger/innen oft nur per Zufall zu „Pflege in Not“ – eine frühere Beratung und Intervention könnte jedoch die Entstehung vieler Konflikte vermeiden, berichtete Tammen-Parr. Aus diesem Grund hatten „Pflege in Not“ und die AOK im Rahmen eines Pilot-Projektes 10.000 Einleger mit dem Hinweis auf die kostenfreie und anonyme Beratung gemeinsam

Gesundes Aufwachsen für alle Berliner Jungen und Mädchen!

8. Landesgesundheitskonferenz Berlin am 15.12.2011 im Rathaus Schöneberg

Damit alle Mädchen und Jungen in Berlin gute Voraussetzungen für ein gesundes Aufwachsen haben, bedarf es in allen Lebensphasen – von der Schwangerschaft und Geburt über die Kita- und Schulzeit – einer guten und zielgerichteten Zusammenarbeit im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention. Dafür bedarf es der Kooperation vieler Partner auf Landes- und Bezirksebene, den Sozialversicherungsträgern und Verbänden, den Trägern von Lebenswelten und den vielfältigen Projekten und Initiativen auf der lokalen Ebene. Dies nahmen die Mitglieder der Landesgesundheitskonferenz Berlin im Jahr 2007 zum Anlass, sich auf das Gesundheitsziel „Gesundheitschancen von Kindern und Jugendlichen erhöhen – Benachteiligungen abbauen“ zu verständigen.

Auf der 8. Landesgesundheitskonferenz Berlin am Donnerstag, den 15. Dezember 2011 von 9.30 Uhr

bis 16.30 Uhr, werden erfolgreiche Strategien und Herausforderungen diskutiert, um allen Berliner Kindern ein gesundes Aufwachsen zu ermöglichen. Fachvorträge und Impulsreferate leiten die unterschiedlichen Themenblöcke ein und bieten Anschlussmöglichkeiten zum Diskutieren.

Gesundheitsziele entfalten ihre Wirkung besonders dann, wenn bestehende Ressourcen bereichsübergreifend gebündelt werden. Daher lädt die Konferenz ein breites Publikum ein, sich aktiv an den Diskussionen zu beteiligen. In Foren unterschiedlichen Formats – vom World Café bis zur Posterpräsentation – werden neben der Gesundheitsförderung in Kitas vor allem Angebote zur Bewegungsförderung sowie der Aufbau von Präventionsketten und die partizipative Qualitätsentwicklung ins Zentrum der gemeinsamen Überlegungen gerückt.

Die Landesgesundheitskonferenz findet jährlich unter dem Vorsitz des für Gesundheit zuständigen Mitglieds des Senats statt. Das Programm der diesjährigen Konferenz bietet im Anschluss an die Fachvorträge in der Eröffnungsveranstaltung vielfältige Möglichkeiten, sich aktiv einzubringen. Das vollständige Programm entnehmen Sie bitte dem Veranstaltungsflyer unter www.berlin.gesundheitfoerdern.de.



mit den Pflegebescheiden versandt. Die Resonanz auf die Einleger war dabei so überwältigend, dass „Pflege in Not“ dieses Projekt aufgrund der geringen personellen Ausstattung nicht noch einmal wiederholen konnte.

Bedarfsgerechte Angebote für pflegende Angehörige

Rainer Hammerling, selbst seit mehr als 13 Jahren pflegender Angehöriger, war als Vertreter des Interessenverbandes „wir pflegen“ auf dem Podium geladen. Er merkte an, dass er weniger Probleme mit der Pflege selbst als mit den Rahmenbedingungen habe, bestätigte aber Gabriele Tammen-Parrs Forderung nach frühen Interventionen. Für Angehörige gäbe es zwar in Berlin viele gute Angebote, aber die Schwierigkeit bestünde darin, die Spreu vom Weizen zu trennen. Angebote und Entlastungsangebote müssten sich nach den Bedarfen und Bedürfnissen der pflegenden Angehörigen richten und nicht umgekehrt, wie es derzeit leider auch bei vielen Krankenkassen-Angeboten noch der Fall sei. Um zu einem solchen Umdenken zu kommen, scheint es ihm geboten, dass nicht nur über Angehörige gesprochen wird, sondern mit ihnen. Hammerling forderte daher auch, sie wirklich in politischen Prozessen zu beteiligen: „Das ist mir also wirklich eine Herzensangelegenheit, dass man bei allen zukünftigen Maßnahmen und Gesetzesänderungen auch die pflegenden Angehörigen fragt und mit ins Gespräch nimmt.“

Als Krankenkassenvertreter direkt angesprochen war Olaf Schmidt von der Siemens-Betriebskrankenkasse (SBK). Die SBK hat in einer Analyse, deren Ergebnisse Anfang des Jahres vorgestellt wurden, die gesundheitlichen Belastungen pflegender Angehöriger untersucht. Der Studie zufolge leiden pflegende Angehörige verstärkt unter chronischen Erkrankungen –

die entsprechenden Diagnosen sind um die Hälfte erhöht. 17 Prozent der pflegenden Angehörigen sind zudem von Depressionen betroffen, drei Mal so viele wie im Durchschnitt. Trotz der erhöhten Krankheitsrate gehen die Angehörigen weniger zum Arzt als der Durchschnitt der Bevölkerung – wie Schmidt vermutete, geschieht dies aus Rücksicht auf die Pflegebedürftigen. Um Abhilfe zu schaffen, unterstützt die SBK u.a. den Pflegestützpunkt Spandau, wo es allein im ersten Halbjahr 2011 über 1.000 Kontakte, über 300 Beratungen und 30 Hausbesuche für Angehörige gab. Darüber hinaus werden Kurse, Workshops, Informationsveranstaltungen, aber auch zwei Selbsthilfegruppen, die sehr gut angenommen werden, sowie eine Servicehotline für pflegende Angehörige angeboten.

Antworten der Politik: Beratungsangebote systematisch bekannt machen

Martina Schmiedhofer setzt sich als Bezirksstadträtin unter Anderem für ein demenzfreundliches Charlottenburg-Wilmersdorf ein. Das Projekt „Demenzfreundliche Kommune Charlottenburg-Wilmersdorf“ soll pflegende Angehörige dahingehend unterstützen, dass die Bevölkerung mithilfe von Aufklärungsarbeit und bürgerschaftlichem Engagement für das Krankheitsbild „Demenz“ sensibilisiert und den pflegenden Angehörigen so mehr Wertschätzung, Unterstützung und Verständnis entgegengebracht wird. Schmiedhofer sieht die Situation der Pflege als Belastung, die für die Angehörigen mit sozialer Ausgrenzung verbunden ist. Daher sei es wichtig, dass ein sozialer Austausch stattfindet und jede/r pflegende Angehörige/r sich sowohl ehrenamtliche als auch bezahlte Unterstützung holen könne. Angehörigen sollten frühzeitig Hinweise gegeben werden, wo sie diese Hilfe bekommen können. Daneben sprach Schmiedhofer

sich für eine klare Arbeitsteilung in der Pflege aus: So solle die Verantwortung der psychosozialen Versorgung bei den Angehörigen liegen, die Körperpflege aber von Fachkräften erledigt werden.

Rainer-Maria Fritsch kommentierte die zuvor vom Podium benannten Herausforderungen in seiner Funktion als für Pflege zuständiger Staatssekretär: An Angeboten mangle es nicht – davon bestünden genug in Berlin, allerdings würden die Betroffenen oft noch nicht erreicht. Um an die Menschen heran zu kommen, müssten die Angebote neu sortiert und systematisch so aufbereitet werden, dass alle Angehörigen sofort wissen, wo sie sich mit ihren Fragen und Anliegen hin wenden können. Die für Berlin mit den Krankenkassen vereinbarten 36 Pflegestützpunkte sind laut Staatssekretär Fritsch in dieser Systematik der Information und Beratung der wichtigste Bestandteil. Wichtig sei es aber, auch Sozialarbeiter/innen in die Stützpunkte zu integrieren und deren Fachkompetenz mit der pflegerischen Kompetenz zu verzahnen. Zudem sei eine Evaluation des Pflegesystems notwendig, um zu überprüfen, ob die Pflegeberatung den Bedarfen und Bedürfnissen der Beratungssuchenden entspricht.

Hemmnisse für diesen Prozess der verstärkten Systematisierung sieht Staatssekretär Fritsch auf zwei Ebenen: In Berlin, wo die Entwicklung durch die Auseinandersetzung zwischen dem Land und den Krankenkassen gebremst würde, und auf Bundesebene. Hier seien es vor allem strukturelle Fragen nach der Finanzierung des Pflegesystems und der Steuerungsverantwortung, deren rasche Beantwortung er einforderte.

Konstruktive Vorschläge für ein eng gewobenes Unterstützungsnetz

Aus dem Publikum wurden zahlreiche konkrete Vorschläge vorgebracht, wie pflegende Angehörige entlastet werden können. Genannt wurde unter anderem eine regelmäßig wiederkehrende Angebotsinformation per Post, welche auch die entsprechende Budgetinformation beinhaltet. Ebenso könnten auf postalischem Wege Pflegebriefe analog zu den Elternbriefen oder informative Einleger wie bei dem gemeinsamen Pilot-Projekt von „Pflege in Not“ und der AOK versandt werden. Des Weiteren wurde vorgeschlagen, eine Notfallkarte für pflegende Angehörige einzuführen, um zu gewährleisten, dass sie bei Arztbesuchen schneller an die Reihe kommen. Als weitere Entlastungsmöglichkeit für pflegende Angehörige wurde ein bereits entwickelter Leitfaden für die Pflegefachberatung genannt, für dessen Implementierung es allerdings der Unterstützung durch die Politik bedürfe. Darüber hinaus könnten pflegende Angehörige auf indirektem Wege profi-

tieren, wenn sie vermehrt in die Curricula der Ausbildung von Pflegekräften einbezogen würden.

In der Abschlussrunde sprach sich das Podium dafür aus, dass die Pflege nicht mehr in solch starkem Maße von pflegenden Angehörigen geleistet, sondern dass eine ausgewogene Mischung aus ehrenamtlicher, hauptamtlicher und nachbarschaftlicher Pflegeunterstützung geschaffen werden müsse. Staatssekretär Fritsch betonte abschließend, dass es für alle pflegenden Angehörigen wohnortnahe und kompetente Ansprechpartner geben müsse und pflegerische und sozialarbeiterische Kom-

petenzen dabei besser miteinander verzahnt werden müssten. Dass Pflegestützpunkte nicht das Allheilmittel sind, stellte hierbei Olaf Schmidt heraus. Es sei nicht eine Frage der Anzahl, sondern der Qualität der Pflegestützpunkte, so Schmidt. Rainer Lachenmayer, Referent für Pflege und Altenhilfe des Paritätischen Berlin, bemerkte, dass bei pflegenden Angehörigen oft das Gefühl vorherrsche, dass sie Leistungen nicht selbstverständlich gewährt bekämen, sondern aufwändig erkämpfen müssten. Zudem wies er darauf hin, dass Angehörige oft auch dann noch die Pflege fortführen, wenn die Pflegebedürftigen schon in Heimen untergebracht seien.

Als Moderatorin hob Dr. Josefine Heusinger vom Institut für gerontologische Forschung Berlin hervor, wie wichtig es ist, dass pflegende Angehörige in der Gesellschaft sichtbarer gemacht werden und mehr Wertschätzung erhalten. Gerade aufgrund der Belastungen, denen die Angehörigen ausgesetzt seien, müsste für diese Menschen spätestens die zweite Türe die Richtige sein, damit sie nicht der sozialen Isolation anheim fallen. Alles in Allem, so der Tenor der Veranstaltung, muss ein umfassendes Netz aus beratenden und unterstützenden Angeboten gesponnen werden, damit pflegende Angehörige entlastet werden.

Stefan Weigand/Olivia Baier

Angebote zur Unterstützung pflegender Angehöriger in Berlin

- **Pflegestützpunkte:** Die derzeit 26 in Berlin bestehenden Pflegestützpunkte sind konzipiert als wohnortnahe Beratungsstellen für Menschen, die Informationen, Beratung und Unterstützung rund um das Thema Pflege und Inanspruchnahme von Leistungen benötigen. Dort können sich sowohl Pflegebedürftige, Ratsuchende und Angehörige als auch interessierte Einrichtungen und Organisationen beraten lassen. Die Beratung erfolgt im Pflegestützpunkt, telefonisch und auf Wunsch zu Hause, in der eigenen Wohnung oder auch in Einrichtungen. Die Pflegestützpunkte stehen in der gemeinsamen Trägerschaft aller Pflege- und Krankenkassen und des Landes Berlin.
- **Kontaktstellen PflegeEngagement:** Seit dem 1. Oktober 2010 gibt es in jedem Berliner Bezirk Kontaktstellen PflegeEngagement für pflegeflankierendes Ehrenamt und

Selbsthilfe, die in der Regel bei den Stadtteilzentren angesiedelt sind. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Unterstützung kleinerer, wohnortnaher Selbsthilfe- und Ehrenamtstrukturen für betreuende und pflegende Angehörige sowie Pflegebedürftige und Personen mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf, die in der eigenen Wohnung oder Häuslichkeit oder in einer ambulanten Wohngemeinschaft leben. Es handelt sich hierbei vor allem um gruppenorientierte Angebote, Besuchs-, Begleit- und Alltagsdienste.

- **Fachstelle für pflegende Angehörige:** Die Fachstelle für pflegende Angehörige hat als Projektstelle des Diakonischen Werks Berlin Stadtmitte e.V. im August 2010 ihre Arbeit aufgenommen. Die Stelle ist als eine Art Angehörigenbeauftragter für Menschen konzipiert, die durch die Pflege von Angehörigen, Freunden und Nachbarn belastet sind. In Zusammenarbeit mit den Anbietern von Hilfe- und Beratungsangeboten soll sie einen Maßnahmenplan für die Stadt Berlin entwickeln. Dieser soll die Situation pflegender Angehöriger in Berlin Schritt für Schritt verbessern und stetig fortgeschrieben werden.

- **„Pflege in Not“:** Hierbei handelt es sich um eine Beratungs- und Beschwerdestelle bei Konflikt und Gewalt in der Pflege älterer Menschen. An die Beratungsstelle können sich unter anderem Gepflegte, pflegende Angehörige, Pflegepersonal, Freunde, Nachbarn und Pflegeeinrichtungen wenden. Das Angebotspektrum reicht von telefonischer Beratung und persönlichen Gesprächsterminen über Mediation und Vermittlungsgespräche in Einrichtungen bis hin zu Fortbildung und Supervision für in der Pflege Tätige.

- **„wir pflegen“, Interessenvertretung begleitender Angehöriger und Freunde in Deutschland:** Die Interessenvertretung „wir pflegen“ will bundesweit das Gemeinsame aller pflegenden Angehörigen nach außen vertreten und auf Bundes-, Länder- und Regionalebene die unterschiedlichen Organisationen und Initiativen zusammenführen. Ziele sind unter Anderem, bestehenden lokalen und regionalen Initiativen mehr politisches Gewicht zu verleihen, pflegenden und begleitenden Angehörigen zu mehr Wertschätzung und Mitspracherecht zu verhelfen sowie vorhandene Angebote bekannter zu machen.

Kompetent, vernetzt und innovativ

Gesundheitsforum diskutiert Dreiklang der bedarfsgerechten Versorgung Älterer

Für Ältere ist eine umfassende ambulante Versorgung besonders wichtig, da sie im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen häufiger krank sind. Oft leiden sie an mehreren, teils chronischen Krankheiten, mitunter auch unter einer Demenz. Sie sind deshalb auf eine umfassende Behandlung angewiesen, die über einen rein somatischen Zugang hinaus geht und eine interdisziplinäre Betreuung einschließt.

Wie es gelingen kann, ein möglichst lückenloses Versorgungsnetz für ältere Menschen in Berlin zu schaffen, war Thema des LGK-Gesundheitsforums „Kompetent, vernetzt und innovativ – Gesundheitliche Versorgung Älterer in Berlin“ am 14. September 2011. Mit knapp 200 Besucher/innen war der Kleist-Saal der Urania gut gefüllt, so dass von Anfang an gute Voraussetzungen für eine engagierte Diskussion gegeben waren.

Qualitätsstandards für eine altersgerechte Versorgung

Prof. Dr. Johannes Korporal, Pflegewissenschaftler an der Alice Salomon Hochschule Berlin, konstatierte in seinem einleitenden Beitrag, dass seit einigen Jahren Fragen von Altern, Krankheit und Pflege in der Gesellschaft intensiv thematisiert werden, etwa in Romanen und populärwissenschaftlichen Publikationen. Aus fachlicher Sicht stellt sich die Frage nach Versorgungsformen, nach Ausbildungsinhalten und Berufsbildern sowie nach der Qualität, Verantwortung und Finanzierung der Versorgung. Trotz einer umfassenden Diskussion bestehen hier laut Korporal noch sehr viele ungeklärte Probleme. Dazu zählte er die Beschaffung relevanter Informationen für die Patient/innen und gleichberechtigte, diskriminierungsfreie